(2) Der Streifen des Küstenschutzgebietes beginnt

- an der Außenküste bei Hoch- und Steilufern an der oberen Kliffkante und bei Flachküsten an der Mittelwasserlinie,
- an der Boddenküste einschließlich der Haff- und Sundküste an der Mittelwasserlinie.

(3) Werden Flachküsten gegen Sturmhochwasser durch See-
deiche geschützt, erstreckt sich der Streifen landeinwärts bis
zum binnenseitigen Deichfuß bzw. Deichschutzstreifen.

§55

(1) In Küstenschutzgebieten sind die Errichtung und Ver-
änderung von Bauwerken und baulichen Anlagen, soweit sie
nicht dem Schutz der Küste dienen, verboten.

(2) In Küstenschutzgebieten bedürfen

- die Durchführung von Meliorationen,
- die Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen,
- die Veränderung der Erdoberfläche, wie bleibende Erdauf-
schlüsse oder Aufschüttungen,
- das Setzen von Pegeln, Schiffsfahrtszeichen, Festpunkten
und sonstigen Merkmalen

der Zustimmung der Staatlichen Gewässeraufsicht der Was-
serwirtschaftsdirektion.

(3) Unumgängliche Ausnahmen für die Errichtung, Verände-
rung oder Beseitigung von Bauwerken und baulichen Anla-
gen für wirtschaftliche Zwecke bedürfen der Zustimmung der
Staatlichen Gewässeraufsicht der Wasserwirtschaftsdirektion.

(4) Für die Zustimmungen gilt § 17 Abs. 3 des Wassergesetzes
entsprechend.

Zu § 38 des Wassergesetzes:

§56

Zu den Maßnahmen gegen die bodenabtragende Wirkung
gehören die ordnungsgemäße Bewirtschaftung und zweck-
mäßige Nutzung des Bodens sowie die Durchführung agro-
technischer Maßnahmen zum Erosionsschutz.

Zu § 45 des Wassergesetzes:

§57

(1) Entscheidungen der Staatlichen Gewässeraufsicht gemäß
§§ 18 Abs. 1, 21 Abs. 3, 38 Abs. 3, 51 Abs. 1, 52 Abs. 1, 53 Ab-
sätze 3 und 4 und 55 Absätze 2 und 3 haben schriftlich zu
ergehen und eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten. Sie
sind den Betroffenen durch Aushändigung oder Zusendung
bekanntzugeben.

(2) Für Beschwerden gilt §45 Absätze 2 bis 6 des Wasser-
gesetzes.

§58

Diese Durchführungsverordnung tritt am 1. Oktober 1982
in Kraft.

Berlin, den 2. Juli 1982

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

I.V.: W. K r o l i k o w s k i
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden

Der Minister
für Umweltschutz und Wasserwirtschaft
D r . R e i c h e l l

Zweite Durchführungsverordnung zum Wassergesetz — Abwassergeld und Wassernutzungsentgelt — vom 2. Juli 1982

Auf Grund des § 47 Abs. 1 des Wassergesetzes vom
2. Juli 1982 (GBl. I Nr. 26 S. 467) wird folgendes verordnet:

Abwassergeld

§ 1

(1) Bei Verstößen gegen § 17 Abs. 1 des Wassergesetzes und
bei Überschreitung von Grenzwerten gemäß § 27 Abs. 3 des
Wassergesetzes wird vom Gewässernutzer und bei Verstößen
gegen § 24 des Wassergesetzes vom Verursacher durch Be-
scheid der Staatlichen Gewässeraufsicht der Wasserwirt-
schaftsdirektion Abwassergeld erhoben. Die Erhebung erfolgt
für jeden Verstoß. Schadenersatz wird vom Abwassergeld
nicht berührt

(2) Wird eine Anlage gemeinsam genutzt, wird Abwasser-
geld vom Rechtsträger oder Eigentümer dieser Anlage er-
hoben. Der Rechtsträger oder Eigentümer ist berechtigt, das
Abwassergeld dem Mitbenutzer weiterzuberechnen, soweit
dieser den Verstoß verursacht hat.

(3) Das Abwassergeld ist nicht planbar und nicht kalkulier-
bar und ist in die Selbstkosten aufzunehmen.

(4) Abwassergeld wird von Bürgern nicht erhoben.

§ 2

(1) Das Abwassergeld wird für die unzulässige Abwasser-
last und grundsätzlich für mindestens 1 Tag oder für die in
Gewässer rechtswidrig eingeleitete oder eingebrachte Schad-
stoffmenge erhoben.

(2) Abwassergeld ist auf der Grundlage der Kennziffer-
tabelle (Anlage) zu berechnen. Die Doppelbewertung eines In-
haltsstoffes ist nicht zulässig.

(3) Stellt die Staatliche Gewässeraufsicht im § 1 Abs. 1 ge-
nannte Verstöße oder Grenzwertüberschreitungen fest, ist der
Verursacher unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Gewässernutzer kann bei der Staatlichen Gewässer-
aufsicht der Wasserwirtschaftsdirektion eine Kontrolle über
die Einhaltung der Rechtsvorschriften bzw. Grenzwerte bean-
tragen. Die Kontrolle ist innerhalb von 2 Wochen durchzu-
führen. Ergibt die Kontrolle die Einhaltung der Rechtsvor-
schriften -bzw. Grenzwerte, entfällt die Zahlung vom Zeit-
punkt des Antrages an.

(5) Abwassergeld kann in doppelter Höhe erhoben werden,
wenn die Meldepflicht gemäß § 30 der Ersten Durchführungs-
verordnung vom 2. Juli 1982 zum Wassergesetz (GBl. I Nr. 26
S. 477) verletzt wurde und dadurch ein größerer Schaden ein-
getreten ist oder die Sachaufklärung erschwert wurde.

§ 3

Wenn der Verursacher für die im § 1 Abs. 1 genannten
Rechtsverletzungen nachweist, daß diese trotz Ausnutzung
aller durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gege-
benen Möglichkeiten nicht abgewendet werden konnten, wird
er nach Zustimmung durch den Rat des Bezirkes von der
Zahlung des Abwassergeldes befreit

Wassernutzungsentgelt

§ 4

(1) Für die Nutzung der Gewässer durch Wasserentnahme,
für die gemäß § 17 Abs. 1 des Wassergesetzes eine Genehmi-